

II-6515 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode



BUNDESMINISTER
 für Gesundheit, Sport und Konsumentenschutz
 DR. MICHAEL AUSSERWINKLER

A-1031 Wien, Radetzkystraße 2
 Telefon: 0222/711 58
 Telefax: 322 15 64 BMGSK
 DVR: 0649856

GZ 114.140/59-I/D/14/a/92

Herrn
 Präsidenten des Nationalrates
 Dr. Heinz FISCHER

Parlament
 1017 Wien

2889 IAB

1992 -07- 08

zu 2957 J

Die Abgeordneten zum Nationalrat Dr. Leiner, Hildegard Schorn haben am 14. Mai 1992 unter der Nr. 2957/J an mich beiliegende schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend eklatanter Mangel an Ärzten und Pflegepersonal in Wiens Spitäler gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich wie folgt:

Zu den Fragen 1 bis 3, 5 und 6:

Die gegenständliche Anfrage betrifft nahezu ausschließlich Fragen, die nicht in den Kompetenzbereich des Bundesministeriums für Gesundheit, Sport und Konsumentenschutz fallen.

Die Lösung der angesprochenen Probleme fällt in den Aufgabenbereich des Rechtsträgers der in Rede stehenden Krankenanstalten - insbesondere hinsichtlich der dienstrechtlichen Belange des in den Krankenanstalten der Stadt Wien beschäftigten Personals - bzw. des Landes Wien, dem gemäß Art. 12 B-VG die Ausführungsgesetzgebung und Vollziehung auf dem Gebiet der Heil- und Pflegeanstalten zu kommt.

- 2 -

Ungeachtet der in der Anfrage dargestellten Problematik auf dem personellen Sektor bin ich aber der Ansicht, daß insgesamt die Gesundheitsversorgung der Wiener Bevölkerung auf dem Gebiet der Krankenanstalt gesichert ist. So bestehen in Wien insgesamt 50 Krankenanstalten, davon 21 mit Öffentlichkeitsrecht, deren Versorgungsleistungen auf allen Gebieten dem aktuellen Stand der medizinischen Wissenschaft entspricht.

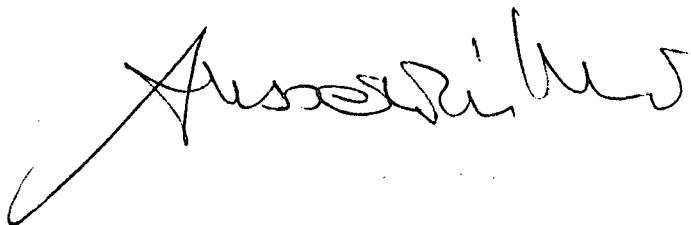
Nach den meinem Ressort zur Verfügung stehenden Unterlagen werden in den Spitälern im Land Wien insgesamt 2140 ÄrztInnen mit ius practicandi (davon 1803 FachärztInnen) und 9104 MitarbeiterInnen der diplomierten Krankenpflegedienste beschäftigt. Dazu kommen weitere 2443 Angehörige der medizinisch-technischen Dienste.

Ich glaube daher, daß damit auch insgesamt in personeller Hinsicht die Spitalsversorgung in Wien gewährleistet ist.

Zu Frage 4:

Die Entscheidung über Anträge auf Erweiterung einer Krankenanstalt ist allein Sache der Landesregierung. Der Geschäftsstelle des KRAZAF liegt derzeit auch kein Antrag auf Genehmigung einer Erweiterung als Voraussetzung für die Bezuschussung aus KRAZAF-Mitteln vor.

Sollte ein derartiger Antrag gestellt werden, so wird dieser - nach eingehender Prüfung von der Fondsversammlung behandelt werden.



BEILAGE

A n f r a g e :

- 1) Was gedenken Sie zu unternehmen, um die derzeit herrschenden Personalengpässe in den Wiener Krankenhäusern zu beseitigen ?

- 2) Wie gedenken Sie in diesem Zusammenhang das Problem zu lösen, daß derzeit für das Sozialmedizinische Zentrum Ost Ärzte sowie Pflegepersonal des Allgemeinen Krankenhauses Wien aushelfen müssen?

- 3) Wie sehen Sie bei einem derartigen Personalstand die Gesundheitsversorgung der Wiener Bevölkerung als gesichert an?

- 4) Werden Sie sich für einen Vollausbau des Krankenhauses Rudolfstiftung einsetzen?
Wenn nein, warum nicht?

- 5) Sehen Sie durch den Umstand, daß Ärzte der Rudolfstiftung gleichzeitig innerhalb ihrer Spitalsdienstzeit in einem Privatspital arbeiten, die gesundheitliche Versorgung der Patienten im Krankenhaus Rudolfstiftung als gefährdet an?
Wenn ja, was werden Sie dagegen unternehmen?
Wenn nein, wie gedenken Sie den Konflikt, der sich aus dieser Situation ergeben wird, zu lösen?

- 6) Sind Ihrer Ansicht nach zukünftig Tendenzen zu befürchten, wonach auch Pflegepersonal aus dem Krankenhaus Rudolfstiftung in das Privatspital abwandern wird?
Wenn ja, was gedenken Sie dagegen zu unternehmen?